

Wie es die Parteien mit der Kooperation halten

Die ASMZ hat bei den Bundesratsparteien nachgefragt, was sie sich von einer engeren sicherheitspolitischen Kooperation der neutralen Schweiz mit gleichgesinnten Staaten und Allianzen versprechen.

Fritz Kälin

In der Schweizer Politiklandschaft ist die «Kooperation», ähnlich der Neutralität, grundsätzlich unbestritten. Und doch wird dazu kontrovers debattiert. Sicherheitspolitische Kooperation mit Bündnisarmeen steht in einem zu klärenden Spannungsverhältnis zur schweizerischen Neutralität. Gerade in Zeiten, in denen in Europa bereits ein Krieg tobt, der zu einem grossen Krieg zwischen Blöcken eskalieren könnte. Die Schweizer Regierungsparteien (Sozialdemokratische Partei, Die Mitte, Freisinnig-Demokratische Partei und Schweizerische Volkspartei) antworteten der ASMZ zu heiklen Detailfragen der Kooperation. Die ein-

gegangen Antworten werden, sofern sie nicht zu umfangreich formuliert waren, in den Tabellen wörtlich aufgeführt.

Was, wenn Partner nicht gleich zur Hilfe eilen?

Diese Frage wurde durch die Redaktion präzisiert als «hybrider Angriff», der «Angriffe mit nicht militärischen Mitteln sowie Distanzwaffen, ergänzt durch das Potenzial irregulärer bewaffneter Gruppen, die im Umfeld der Schweiz am Boden operieren» umfasst. Die Parteien sind sich völlig uneins, wie viel Verlass dann auf die landeseigene Verteidigung und Hilfe durch Partner wäre.

Frage ASMZ	(Wie) Kann sich die Schweiz für den Fall wappnen, dass im Falle eines Angriffs auf die Schweiz deren Kooperationspartner ihr militärisch nicht von Beginn weg substantiell beistehen können/wollen?
SP	«Nein, die Schweiz kann sich nicht autonom verteidigen. Dies ist und bleibt eine Illusion bürgerlicher Kräfte. Deshalb befürwortet die SP eine sicherheitspolitische Kooperation mit unseren Nachbarländern sowie mit der EU im Rahmen von PESCO.»
Mitte	«Die Schweiz muss in der Lage sein, sich wirksam gegen Cyberangriffe zu verteidigen. Die schrittweise Erhöhung der militärischen Mittel ist von zentraler Bedeutung, insbesondere um unsere zivilen und militärischen Infrastrukturen sowie die Unternehmen im Bereich der Datensicherheit besser zu schützen. Die Schweizer Cloud ist einer der Vorschläge, die im Parlament auf dem Tisch liegen, aber eine internationale Zusammenarbeit ist unerlässlich.»
FDP	Es braucht eine Gesamtverteidigungskonzeption, die Abwehrrdispositive für alle Wirkungsräume über alle Bedrohungsstufen definiert. Armee und Parlament loten über den Fähigkeitskatalog aus, bis zu welcher Intensität Fähigkeitslücken aus eigener Kraft oder über Kooperation zu schliessen sind. Hauptziel muss die Dissuasion sein. Die Fähigkeit zur Zusammenarbeit mit anderen Staaten (ohne Beitritt zur NATO) ist vor einem Konflikt mit einem klar definierten Katalog sicherzustellen, damit das Land daraus eine zusätzliche Handlungsoption erhält. Vergleichbar den Vorbereitungen, die General Henri Guisan mit Frankreich traf.
SVP	Die Schweiz braucht eine gemäss Bundesverfassung Art. 58 verteidigungsfähige Armee. Das Beispiel Ukraine zeigt, dass auf mögliche Partner kein Verlass ist. Die Alimenterung und Ausrüstung ist auftragsgerecht sicherzustellen. Der Ausbildungsstand zum Einsatz der verbundenen Waffen ist mittels regelmässigen und insbesondere auf die gefährlichsten Bedrohungen ausgerichteten Volltruppenübungen zu überprüfen. Die Armee muss als letzte Sicherheitsreserve des Landes auch nach kurzer Vorbereitungszeit einsatzbereit sein. Das erfordert regelmässige Volltruppenübungen über sämtliche militärischen Stufen (Soldaten, Kader, höhere Stabsoffiziere und politische Führung) zusammen mit den zivilen Partnern aus dem Sicherheitsverbund Schweiz (SVS).

▲ Wie halten es die Parteien mit der Kooperation? Blick in den Nationalratssaal.

Bild: Ulrich Liechti, VBS

Kriegsfallübungen der NATO: Für die Schweiz tabu oder unverzichtbar?

Für die Schweizer Armee hätte die Teilnahme an NATO-Bündnisfallübungen den grössten Lerneffekt zugunsten der eigenen Verteidigungsfähigkeit. Im Schweizer

Parlament sorgte 2024 ein Vorstoss für Aufsehen, der just die Teilnahme an solchen Artikel-5-Übungen verbieten wollte. Die Motion (24.3012) der Sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates und wurde erst im ständerätlichen Zweit-

rat in der Herbstsession 2024 abgelehnt. Selbst befürwortende Parteien einer Schweizer Übungsteilnahme lehnen bestimmte Übungsformate und -räume ab.

Frage ASMZ	Wieso überwiegen die Vorteile oder Nachteile für die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz, wenn sie an Artikel-5-Übungen der NATO (nicht) teilnimmt?
SP	«Artikel-5-Übungen im engen Sinn, also Bündnisfallübungen, welche den Verteidigungsfall an der NATO-Aussengrenze durchspielen, steht die SP kritisch gegenüber. Denn hierbei wird für einen Fall trainiert, an dem sich die Schweiz sowieso nicht beteiligen dürfte (da unter Umständen neutralitätsrechtlich problematisch) und sollte (aufgrund des bedeutenden Eskalationsrisikos).»
Mitte	«Zusammenarbeit und Integration sollten nicht verwechselt werden. Eine Integration in die gemeinsame Verteidigung der NATO nach Artikel 5 würde gegen das Neutralitätsrecht verstossen. Hingegen ist die Zusammenarbeit in den Bereichen Ausbildung, Interoperabilität und gemeinsame Übungen unerlässlich, um im Ernstfall effizient handeln zu können.»
FDP	Artikel-5-Übungen trainieren das harte Kerngeschäft: den Kampf der verbundenen Waffen. Für den Fall, dass in Europa so ein Bündnisverteidigungsfall eintritt, muss die Schweiz über grösstmögliche Handlungsfreiheit verfügen. Der Mehrwert besteht im Erfahrungsaustausch und der Festlegung gemeinsamer Standards. Selbstverständlich auszuschliessen ist eine Teilnahme der Schweiz an solchen Übungen entlang der NATO-Ostflanke. Aber auch für die Teilnahme an Übungen, die mit den neutralitätsrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz vereinbar sind, braucht es das Einverständnis der Allianz.
SVP	Bündnisfallübungen sind weder mit der militärischen Neutralität (Bundesverfassung) der Schweiz vereinbar noch stehen sie ihr als Nicht-NATO-Mitglied offen. Möglich ist die Teilnahme bei rein bilateralen Übungsformaten (Luftwaffe, Cyber und «gewisse Bodentruppenübungen»).

Projekt «Militärische Mobilität» losgelöst von Lage beurteilt

Der Bundesrat genehmigte am 21. August 2024 die Teilnahme der Schweiz am «Military Mobility»-Projekt – und sieht darin

primär eine Entbürokratisierung für die Verlegung von Truppen im Ausbildungs- oder Friedensförderungsdienst. Ob das Projekt auch eine transatlantische Verteidigungsdimension haben könnte, scheint nicht einmal die hier sonst sen-

sible SP zu beschäftigen. Dabei übt die US Army seit gut zehn Jahren mit ihren europäischen Verbündeten, wie amerikanische Kampfverbände rasch und sicher an die bedrohte NATO-Ostflanke verlegt werden können.

Frage ASMZ	Welcher konkrete Mehrwert/Nachteil entsteht für die Verteidigungsfähigkeit der Schweiz, wenn sie sich am PESCO-Teilprojekt «Military Mobility» beteiligt?
SP	«Die SP unterstützt die Teilnahme der Schweiz an gewissen PESCO-Projekten. Die Teilnahme am «Military Mobility»-Programm hätte folgende Vorteile: Durch die Zusammenarbeit mit der EU könnte die Schweiz ihre sicherheitspolitischen Beziehungen in Europa stärken und von gemeinsamer Logistik und Infrastruktur profitieren. Schnelle militärische Mobilität wäre auch bei grossen humanitären Einsätzen und Katastrophenhilfe nützlich.»
Mitte	«Dies wird den Austausch im Bereich der Ausbildung oder der Friedensförderung erleichtern. Jede Form der Zusammenarbeit in diesen Bereichen mit unseren Nachbarn trägt dazu bei, die Sicherheit unseres Landes zu stärken.»
FDP	«Military Mobility» ist ein Logistikvorhaben, bei dem die Schweiz die Protokolle für die effiziente grenzübergreifende Verschiebung von Truppen und Material erlernt. Aus diesem europäischen Kooperationsprojekt entstehen wertvolle Partizipationsmöglichkeiten, beispielsweise in der Forschung und Rüstungsindustrie.
SVP	«PESCO ein Konstrukt der Europäischen Union (EU). Vollmitglied kann man nur werden, wenn man Mitglied der EU ist. Die Schweiz kann also nur assoziierter Drittstaat sein, der sich sektoriell an Einzelprogrammen von PESCO beteiligt (PESCO besteht aus über 60 Einzelprogrammen). Die Teilnahme an allen Programmen auf einmal ist aus Gründen unserer Neutralität richtigerweise nicht möglich. Daher muss jedes einzelne Programm neutralitätsrechtlich und neutralitätspolitisch genau analysiert werden.»

Mehr Kooperation – aber Berührungsgängste

Die Parteien haben klare Grundhaltungen. Wie bei Neutralität und höheren Armee-finanzen kommt es darauf an, ob die befürwortenden Mehrheiten sich auch bei der Implementierung einigen können.



Fritz Kälin
Redaktor ASMZ
fritz.kaelin@asmz.ch
8840 Einsiedeln